

**Allianz Global Investors Fund**  
Société d'Investissement à Capital Variable (SICAV)  
Sitz: 6A, route de Trèves, L-2633 Senningerberg  
R.C.S. Luxemburg B 71.182

**MITTEILUNG**  
darüber, dass eine

## **AUSSERORDENTLICHE GENERALVERSAMMLUNG**

der Anteilinhaber der **Allianz Global Investors Fund** („die Gesellschaft“) im Notarbüro Martine Schaeffer in 74, avenue Victor Hugo, 1750 Luxemburg, Luxemburg, am 23. Dezember 2013 um 14:30 Uhr MEZ zum Zwecke der Beratung und Abstimmung über die folgenden Tagesordnungspunkte abgehalten wird:

### **Tagesordnung:**

#### 1. Trennung von Bewertungs- und Handelstag

Um den Teilfonds der Gesellschaft eine Bewertungshäufigkeit zu ermöglichen, die nicht zwangsläufig der Handelshäufigkeit zu entsprechen hat (z. B. Bewertungen auf Tagesbasis aber Handel mit Anteilen alle zwei Wochen), wird die Satzung eine Definition sowohl für „Bewertungstag“ als auch für „Handelstag“ aufweisen. Artikel 12 (Absatz 1) der Satzung wird um diese Definitionen ergänzt; infolgedessen werden die Artikel 7 (Absatz 5), Artikel 8 (Absatz 2, 6, 7), Artikel 9 (Absatz 4, 7), Artikel 10 (Abschnitt D.2.), Artikel 11 (Absatz 1, Abschnitt IV 1,2) und Artikel 24 (Abschnitt 1,2) der Satzung entsprechend geändert.

#### 2. Aussetzung (d. h. Aufschieb) von Rücknahme und Umtausch im Falle umfangreicher Rücknahme- und Umtauschaufträge

Aufgrund mangelnder regulatorischer Vorschriften wird die Bestimmung zur maximalen Anzahl von Tagen, die für die Aussetzung (d. h. den Aufschieb) von Rücknahme- und Umtauschaufträgen gilt, aufgehoben. Artikel 8 (Absatz 6) und 9 (Absatz 7) der Satzung werden entsprechend geändert, indem die letzten beiden Sätze bezüglich der maximalen Dauer einer Aussetzung (d. h. eines Aufschiebs) von Rücknahme- und Umtauschaufträgen gestrichen werden. Dessen ungeachtet wird der Verkaufsprospekt der Gesellschaft Angaben über die maximale Dauer einer solchen Aussetzung (d. h. eines solchen Aufschiebs) und das anwendbare Abwicklungsverfahren beinhalten.

Klärender Hinweis: Die Begriffe „aussetzen“ und „ausgesetzt“ in Artikel 8 und 9 (im Falle von Rücknahme- und Umtauschaufträgen, die ein bestimmtes, vom Verwaltungsrat festgelegtes Niveau übersteigen) wurden durch die Begriffe „aufschieben“ bzw. „aufgeschoben“ ersetzt.

#### 3. Anlagepolitik und Anlagebeschränkungen

Der Mechanismus zur Berechnung des Nettovermögens der Gesellschaft für den Fall, dass ein Teilfonds der Gesellschaft in einen anderen Teilfonds der Gesellschaft investiert, wird hinzugefügt, um die geltenden gesetzlichen Vorschriften genauer zu erörtern und umfassend wiederzugeben. Artikel 18.1.b der Satzung wird entsprechend geändert.

#### 4. Risikostreuung

Die Liste von Emittenten, die Wertpapiere / Instrumente begeben, in die Teilfonds der Gesellschaft bis zu 100 % ihres Vermögens investieren können (unter der Voraussetzung, dass derlei Wertpapiere / Instrumente für die Zwecke der Risikostreuung im Rahmen von mindestens sechs verschiedenen Emissionen begeben wurden und die Wertpapiere / Instrumente aus ein und derselben Emission 30 % des Nettovermögens eines Teilfonds nicht überschreiten dürfen), wird vorbehaltlich der Zustimmung der CSSF und entsprechender Angaben im Verkaufsprospekt der Gesellschaft auf die Länder Hongkong, Brasilien, Indien, Indonesien, Russland, Südafrika, Singapur und andere Nicht-Mitgliedstaaten der EU ausgeweitet. Artikel 18.3.f der Satzung wird entsprechend geändert.

## 5. Umwandlung in Feederfonds

Der Verwaltungsrat der Gesellschaft erhält die Befugnis, Teilfonds der Gesellschaft in Feederfonds umzuwandeln oder Teilfonds der Gesellschaft als Feederfonds aufzulegen. Artikel 18.3.g der Satzung wird entsprechend geändert, um den Anforderungen von Artikel 77 des Gesetzes vom 17. Dezember 2010 betreffend Organismen für gemeinsame Anlagen Rechnung zu tragen, welche die regulatorischen Vorschriften für Feederfonds (z. B. Mindestanlage eines Feederfonds in einem Masterfonds von 85 %; maximale Anlage eines Feederfonds in anderen Vermögenswerten wie ergänzenden liquiden Mitteln von bis zu 15 % seines Vermögens) enthalten.

## 6. Hauptversammlung der Anteilhaber der Gesellschaft

Die Jahreshauptversammlung wird nach luxemburgischem Recht am Geschäftssitz der Gesellschaft in Luxemburg am vierten Freitag des Monats Januar um 11.00 Uhr (derzeit dritter Freitag des Monats Januar) abgehalten. Dadurch wird mehr Handlungsspielraum für den Erhalt des jeweiligen Jahresberichts der Gesellschaft geschaffen. Artikel 22 (Absatz 3) der Satzung wird entsprechend geändert.

## 7. Schließung von Teilfonds und Anteilklassen der Gesellschaft

Die Befugnis und Verfahrensweisen zur Auflösung von Teilfonds der Gesellschaft oder von Anteilklassen solcher Teilfonds werden eingehender in Artikel 24.1 und Artikel 24.2 festgelegt. Artikel 24.1 verleiht dem Verwaltungsrat die Befugnis und Artikel 24.2 verleiht der Hauptversammlung der Anteilhaber die Befugnis, die Zwangsrücknahme aller Anteile einer Anteilklasse oder eines Teilfonds vorzunehmen, und der Wortlaut dieser beiden Artikel wird abgeändert, um diesen Sachverhalt genauer zu beschreiben. Ferner wurde in Artikel 24.1 der Satzung klargestellt, dass der Verwaltungsrat der Gesellschaft einen Teilfonds oder eine Anteilklasse auflösen kann, wenn das Vermögen eines Teilfonds oder einer Anteilklasse unter den Betrag fällt, den der Verwaltungsrat als erforderlichen Mindestbetrag für eine wirtschaftlich effiziente Verwaltung des Teilfonds oder der Anteilklasse erachtet. Die in Artikel 24.1 genannten Umstände gelten sowohl für Teilfonds als auch für Anteilklassen.

## 8. Zusammenlegung von Teilfonds und Anteilklassen der Gesellschaft

Die Befugnisse, Mitteilungsfristen und Verfahrensweisen zur Zusammenlegung einer oder aller Anteilklassen eines Teilfonds (der „zu verschmelzende Teilfonds“) (1) mit einem anderen Teilfonds der Gesellschaft, (2) mit einer anderen Anteilklasse des selben Teilfonds der Gesellschaft, (3) mit einem anderen OGAW, oder (4) mit einem anderen Teilfonds oder einer anderen Anteilklasse eines solchen OGAW werden geändert. Artikel 24.5. und Artikel 24.6 der Satzung werden entsprechend geändert.

## 9. Caisse de Consignation

Klärender Hinweis: Artikel 24.3 der Satzung wird um den Verweis auf die luxemburgische Vorschrift über den Umgang mit nicht beanspruchten Erlösen (wo sie hinterlegt werden und wann sie verfallen) aktualisiert.

## 10. Änderungen allgemein organisatorischer Art

Definitionen und die Verwendung von Begriffen sowie die Schreibweise von wesentlichen Begriffen werden präzisiert und stärker auf die im Verkaufsprospekt der Gesellschaft angewendeten Definitionen und Regeln zur Schreibweise abgestimmt. Sämtliche Artikel der Satzung der Gesellschaft (sofern zutreffend) werden entsprechend geändert.

Der Text der vorgeschlagenen Änderungen der Satzung ist für die Anteilhaber am Sitz der Gesellschaft einsehbar bzw. kostenfrei erhältlich.

Die geänderte Satzung tritt am 30. Januar 2014 in Kraft, sofern die hierfür erforderlichen Beschlüsse auf der außerordentlichen Hauptversammlung gefasst werden. Die unter Tagesordnungspunkt Nr. 4 vorgeschlagenen Änderungen treten für den Teilfonds „Allianz HKD Income“ vorbehaltlich des an der außerordentlichen Generalversammlung gefassten Beschlusses zu diesem Tagesordnungspunkt ebenfalls am 30. Januar 2014 in Kraft.

### **Abstimmung:**

Beschlüsse zur Tagesordnung können mit einer Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der auf der Hauptversammlung abgegebenen Stimmen gefasst werden, wobei für eine beschlussfähige Mehrheit (Quorum) mindestens die Hälfte des Kapitals auf der Versammlung vertreten sein muss.

Beschlussfähigkeits- und Mehrheitserfordernisse werden gemäß den zum 18. Dezember 2013 um 0:00 Uhr MEZ (der „Stichtag“) in Umlauf befindlichen Anteilen festgelegt. Die Stimmrechte der Anteilhaber werden anhand der am Stichtag gehaltenen Anteile bestimmt.

Sollte bei dieser Versammlung keine beschlussfähige Mehrheit zustande kommen, wird eine zweite außerordentliche Hauptversammlung einberufen, auf der Beschlüsse zur Tagesordnung ohne eine beschlussfähige Mehrheit von zwei Drittel der auf der Versammlung abgegebenen Stimmen getroffen werden können.

### **Modalitäten der Abstimmung:**

Zur Teilnahme und Abstimmung bei der Versammlung sind alle Anteilhaber berechtigt, die eine Bestätigung ihrer Depotbank oder Institution vorlegen können, aus der die Anzahl der von diesem Anteilhaber zum Stichtag gehaltenen Anteile ersichtlich ist. Diese Bestätigung muss am 19. Dezember 2013 bis spätestens 11:00 Uhr MEZ bei der Transferstelle, RBC Investor Services Bank S.A., Domiciliary Services, 14, Porte de France, L-4360 Esch-sur-Alzette, Luxemburg, in Luxemburg eingetroffen sein.

Alle Anteilhaber, die zur Teilnahme und Abstimmung bei der Versammlung berechtigt sind, haben das Recht, einen Vertreter zu bestimmen, der an ihrer Stelle abstimmen darf. Um gültig zu sein, muss die Stimmrechtsvollmacht vollständig ausgefüllt und handschriftlich durch den Auftragserteilenden oder dessen Anwalt oder, falls der Auftragserteilende eine Gesellschaft ist, mit dem Firmensiegel oder handschriftlich durch einen Bevollmächtigten unterzeichnet werden und an die Transferstelle, die RBC Investor Services Bank S.A., Domiciliary Services, 14, Porte de France, L-4360 Esch-sur-Alzette, Luxemburg, geschickt werden, so dass sie spätestens am 19. Dezember 2013 um 11:00 MEZ dort eintrifft.

Stimmrechtsvollmachten für die Verwendung durch registrierte Anteilhaber sind bei der Transferstelle, der RBC Investor Services Bank S.A., Domiciliary Services, 14, Porte de France, L-4360 Esch-sur-Alzette, Luxemburg, erhältlich. Die zum Vertreter ernannten Personen müssen nicht Anteilhaber der Gesellschaft sein. Die Ernennung eines Vertreters schließt den Anteilhaber nicht von der Teilnahme an der Versammlung aus.

Senningerberg, November 2013

Der Verwaltungsrat

*Diese Mitteilung ist eine Übersetzung der am 29. November 2013 im Mémorial, dem Amtsblatt des Großherzogtums Luxemburg, veröffentlichten Originalanzeige. Für den Fall von Unstimmigkeiten oder Mehrdeutigkeiten hinsichtlich der Auslegung der Übersetzung ist die englischsprachige Originalfassung ausschlaggebend, solange dies nicht gegen die örtlichen Gesetze der betreffenden Rechtsordnung verstößt.*